

Sehr geehrter Herr Juelkenbeck,

Seit nunmehr 20 Jahren bin ich in der Kommunalpolitik unserer Stadt aktiv. Mein Engagement für die Lösung des „Netzschlussproblems“ ist seit 1984 hinreichend dokumentiert. Konkret ging es mir dabei immer darum, das Problem in seiner Vielschichtigkeit darzustellen und die Debatte auf der politischen und administrativen Ebene zu versachlichen. Nur so gelingt Objektivierung und die nachhaltige Problemlösung. Leider gelang es nicht, die andere Fraktion für diesen Weg zu gewinnen. Das Thema A 30 ist emotionalisiert, politisiert und letztlich völlig verfahren.

Vor diesem Hintergrund habe ich 1995 eine Denkschrift zum Problem verfasst, in der nochmals die notwendigen Schritte zur Problemlösung beschrieben und die Konsequenzen des fortwährenden Fehlverhaltens benannt wurden.

Wenn Sie es wünschen, stelle ich Ihnen gerne das Papier zur Verfügung.

Heute sind meine damaligen Prognosen in Gänze eingetreten. Mit dem Festhalten an der im Prinzip nicht bau baren Nordumgehung als Netzschlusslösung ist man längst in eine Sackgasse geraten und entfernt sich damit immer mehr von der tatsächlichen Lösung der drängenden Verkehrsprobleme.

In meiner Funktion als Bürgermeister würde ich die Gesamtproblematik Netzschluss A2/A30 im Kontext zu der weiteren verkehrlichen und städtebaulichen Situation von der Verwaltung aufarbeiten lassen, um dem Rat ein objektives Bild der Dinge zu vermitteln. Bisher ist so etwas leider nicht geschehen. Ziel ist es dabei zu objektivieren und eine verbindlich, sachliche Debatte zu entwickeln. Ich bin davon überzeugt, dass die katastrophalen Folgen der Nordumgehung für die Gesamtstadt und die Schlüssigkeit von Alternativen vermittelt werden kann.

Das laufende Planfeststellungsverfahren zur Nordumgehung kann von der Stadt Bad Oeynhausen nicht unmittelbar beeinflusst werden, da die Stadt nicht Herr des Verfahrens ist. Gleichwohl hätten Rat und Verwaltung für die Stadt im laufenden Verfahren die besonderen Interessen darstellen und deren Berücksichtigung einfordern können. Dies ist nicht geschehen und war weder von der Verwaltung noch von den anderen Fraktionen gewollt. Die Notgemeinschaft und meine Fraktion haben immer auf die Pflicht, die Interessen der Bürger wahrzunehmen, hingewiesen. Der Erörterungstermin Anfang 2003 ließ die mangelhafte Planung der Nordumgehung und das skandalöse Desinteresse von Verwaltung und der Ratsmehrheit aus SPD, CDU und FDP für jeden Beobachter deutlich werden.

Zur Zeit arbeitet die Straßenbauverwaltung die Aufträge, die sich aus dem Erörterungstermin ergaben, ab und stellt sie dem Regierungspräsidenten für die Gesamtbewertung der bisherigen Planung zur Verfügung. Die wesentlichen Problemlagen sind sicherlich die Alternativenbewertung und die Lösungsvorstellung zur Einhaltung der Lärm- und Schadstoffnormen. Verfahrensrechtlich stellt sich hier die Frage, inwieweit zumindest für die genannten Problembereiche eine weitere Offenlegung mit anschließender Erörterung durchzuführen ist. Als Bürgermeister würde ich im Interesse der Stadt dafür plädieren und alles unternehmen, damit der Regierungspräsident die erneute Offenlegung veranlasst.

Nur so haben die vielen Einwander, die sich ja sehr stark mit den Alternativen zur Nordumgehung und den Lärm – und Schadstoffbelastungen auseinandergesetzt hatten, eine Chance, die erneuten Planungen der Straßenbauverwaltung öffentlich und wirksam zu bewerten.

Als Alternativen drängen sich seit Jahr und Tag eine Troglösung im Zuge der Mindener- und Kanalstraße und eine Südumfahrung auf. Die Machbarkeit wurde für beide Lösungen planerisch und bautechnisch bereits dargestellt. Im Vergleich mit der Nordumgehung zeigen sich für beide Alternativen deutliche Vorteile. Wenn es gewünscht wird, bin ich gerne bereit hier detailliert Troglösung und Südumfahrung vorzustellen und ihre verkehrlichen und städtebaulichen Funktionen für die Stadt und den Problembereich Mindener – Kanalstraße zu vermitteln.

Moderne Verkehrsentwicklung muss kooperativ geplant werden. Die Stadt muss die Bürger, die Politiker und die Verwaltung an einen Tisch holen. Für Bad Oeynhausen ist dieser Weg überfällig. Wir müssen uns auf ein Gesamtkonzept mit klaren Zielen einigen, um kostensparend und ergebnisorientiert arbeiten zu können. Die Gesundheitsstadt Bad Oeynhausen setzt hier einen deutlichen Rahmen. Der KFZ- Individualverkehr muss reduziert werden. Fahrrad- und Fußgängerfreundlichkeit ist zu entwickeln. Der Öffentliche Verkehr ist weiter zu fördern. Die stadtverträgliche und geeignete Netzschlusslösung muss verwirklicht werden.

Eine kooperative Verkehrsentwicklung, wie sie meine Fraktion seit über 10 Jahren fordert, würde ich als Bürgermeister auf den Weg bringen. Solch ein Verkehrsforum wurde 2002 in Oldenburg beispielhaft und mit bundesweiter Beachtung durchgeführt. Der Deutsche Städtetag hat sich des Oldenburger Engagements sehr positiv angenommen und als zukunftsweisend beschrieben. Leider vergibt man in Bad Oeynhausen eine Chance nach der andern sich positiv und wegweisend darzustellen, seine Probleme zu lösen und gleichzeitig modellhaft überregional zu wirken.

Ich hoffe, dass meine Ausführungen Ihren Erwartungen entsprechen. Jederzeit bin ich für Kritik, Anregungen und Fragen offen.

Mit freundlichen Grüßen

Reiner Barg